

**EG-Hochschuldiplomrichtlinie.
Reform der Universitätsleitung:
verfassungs- und haushaltsrechtliche
Probleme**

Herausgegeben von

Dr. h. c. Dr. Rudolf Strasser

o. Universitätsprofessor

mit Beiträgen von

Ewald Langeder

Ulrich Karpen

Hans R. Laurer

Manfried Gantner

Wien 1993

Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XII

Ewald Langer

Die Freizügigkeit „akademischer Berufe“ nach der „Hochschuldiplomrichtlinie“ der EG

I. Allgemeines.....	4
A. Diskriminierungsverbot im EWGV.....	4
1. Inländergleichbehandlung.....	4
2. Die Funktion der Richtlinien.....	6
a) In qualifikatorischer Hinsicht.....	6
b) In nicht qualifikatorischer Hinsicht.....	8
3. Vorbehalte des EWGV.....	10
4. „Bildungspolitik“.....	10
B. Das Richtliniensystem - Überblick.....	11
C. Lückenlosigkeit des Systems?.....	12
D. Übernahme durch das EWR-Abkommen.....	12
II. Anwendungsbereich der Hochschuldiplomrichtlinie.....	14
A. Richtlinien für „niedrigere Niveaus“.....	14
1. „Durchstieg“.....	14
2. Allgemeine Aspekte des zeitlichen Stufenbau-Systems.....	16
B. Einzelrichtlinien.....	18
1. Subsidiarität der HDRL.....	18
2. Überblick.....	19
a) Arzt- und artzähnliche Berufe, Pharmazeuten.....	19
b) Architekten.....	21
c) Rechtsanwälte.....	22
d) Keine Richtlinie für Ingenieure.....	22
3. Allgemeine Aspekte der Einzelrichtlinien.....	24
a) Berufsbezogenheit.....	24
b) Geschützte Freiheiten, „Erleichterungen“.....	25
aa) Art der Berufsausübung.....	25
bb) Besondere Regelungen für die Niederlassung.....	25
cc) Besondere Regelungen für den Dienstleistungs- verkehr.....	26
dd) Führen der Berufs- und Ausbildungsbezeichnung.....	27
ee) Beseitigung weiterer Ausübungshemmnisse.....	27
c) Sprache.....	28
d) Kompensation von Defiziten durch Berufserfahrung.....	28
e) Erworbene Rechte.....	28
f) Drittlanddiplome.....	29

	g) Nationale Auswahlverfahren	29
	h) Scheitern des „vertikalen Ansatzes“	30
C.	„Reglementierte Berufe“	31
	1. Diplombindung	31
	a) Verweisungen in der HDRL	31
	b) Diplombegriff	31
	aa) Überblick	31
	bb) Ausbildungsdauer	32
	cc) Ausbildungseinrichtungen	32
	dd) Alternative Ausbildungen	34
	2. Formen der Reglementierung	35
	a) Weiter Reglementierungsbegriff	35
	b) Im besonderen: Titelschutz-System	36
	3. Arten beruflicher Tätigkeit	38
	a) Allgemeines	38
	b) Öffentliche Verwaltung	38
	c) Öffentliche Gewalt	40
D.	Reglementierte Berufe in Österreich	41
III.	Anerkennungspflichten im Aufnahmestaat	42
A.	„Anerkennung“	42
	1. Allgemeines	42
	a) Normadressat	42
	b) Anerkennung der Qualifikation	43
	c) Anerkennung von Nachweisen	43
	aa) Betreffend die Qualifikation	43
	bb) Betreffend nicht qualifikatorische Voraussetzungen	43
	2. Anerkennung von Diplomen	44
	a) Allgemeines	44
	b) Zum Diplombegriff	44
	aa) Anerkennungsfähigkeit des „end product“	44
	bb) Nachweis des Berufszugangs	45
	cc) Ausstellende Stelle	45
	dd) Berufliche und akademische Anerkennung	45
	c) Berufsvergleich	46
	3. Anerkennung gleichwertiger Ausbildungen	47
	4. Anerkennung der Ausbildung zu nicht reglementierten Berufen	50
	5. Anerkennung von „Drittlanddiplomen“	51
	6. Anerkennung von Berufspraxis	51
	7. Das Sprachproblem	52
B.	Ausgleichsmaßnahmen	53
	1. Allgemeines	53
	2. Abweichungen in der Dauer	54
	a) Mindestanfordernis	54
	b) Differenz der Ausbildungszeiten	55
	c) Kompensation durch Berufserfahrung	55
	3. Inhaltliche Abweichungen	56
	a) Ausbildungsunterschiede	56
	b) Wahlrecht des Zuwanderers	57
	aa) Im allgemeinen	57
	bb) Bei Rechtsberufen	58

c) Eignungsprüfung	59
d) Anpassungslehrgang	60
IV. Rechtsstellung des Migranten	61
A. Begünstigte	61
1. Inländer?	61
2. Auseinanderfallen von Anknüpfungspunkten	63
B. Verfahrensrechte im Anerkennungsverfahren	64
C. Inhaltliche Ansprüche	65
1. „Aufnahme und Ausübung“	65
2. Gleichstellung mit Inländern	65
a) Allgemeines	65
b) Konkurrenz um kontingentierte Positionen	65
c) Nicht qualifikatorische Anforderungen	66
d) Keine „Erleichterungen“ für den Dienstleistungsverkehr	67
3. Titelführung	67
4. Verbandsmitgliedschaft	68
V. Rückwirkungen auf die nationalen Ausbildungssysteme?	68

Ulrich Karpén

Hochschulfinanzierung und Hochschulautonomie - Perspektiven aus Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland

I. Flexibilisierung, Effizienzsteigerung, Deregulierung, Entbürokratisierung	71
A. Das österreichische Projekt „Verwaltungsmanagement“ und der deutsche Zug zum „schlanken Staat“	71
B. Zweifel an der Innovationsfähigkeit der österreichischen Hochschulen und deutsche Sparhaushalte	72
C. Das österreichische Reformkonzept „Die neue Universitätsstruktur“ und der deutsche Trend zum Globalhaushalt	73
D. Vom Wert des internationalen Vergleiches	74
II. Die Kritik an der Hochschulfinanzverfassung	76
A. Staatsverwaltung und Hochschulautonomie	76
B. Der Hochschulhaushalt als Teil des Staatshaushaltes	77
C. Kritik an der kameralistischen Haushaltsführung	78
D. Die Haushaltsgrundsätze passen nicht für die Universitäten	78
E. Vorschläge zur Flexibilisierung des Hochschulhaushaltes	79
III. Konventionelle Mittel der Flexibilisierung	80
A. Nachtragshaushalt, Bildung von Reserven	80
B. Erweiterung der Deckungsfähigkeit	81
C. Erweiterung der Übertragbarkeit	82
D. Bildung von Titelgruppen	83
IV. Globalhaushalt als Zauberwort	85
A. Stufenweise Einführung	85
B. Zur näheren Beschreibung des Globalhaushaltes	85
C. Keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen den Globalhaushalt	86
D. Übersicht über die deutschen Universitätsglobalhaushalte	87
V. Zur Bewertung des Globalhaushaltes	89
A. Planwirtschaft gegen Marktwirtschaft	89
B. Einige Vorteile des Globalhaushaltes	90

C.	Einige Nachteile.....	90
D.	Resümee.....	92
Anlage 1	94
Anlage 2	96
Anlage 3	97
Anlage 4	98

Hans René Laurer

Rechtliche und faktische Grenzen einer Reform der Universitätsleitung

I.	Die Universitätsorganisation zwischen privatrechtlicher und hoheitlicher Gestaltung.....	99
II.	Das Zusammenspiel von Kompetenznormen und Grundrechten in verfassungsrechtlicher Sicht.....	102
A.	Die Kompetenzverteilung und Bedeutung des Art 17 StGG.....	102
B.	Die Leistungsrechte des Art 17 StGG als Grenzen der Organisation der Universität.....	104
C.	Die Fiskalgeltung des Art 17 StGG oder die Unzulässigkeit eines Formenmißbrauchs.....	108
III.	Das Verfassungsgebot der Verwaltungskonzentration beim Bundesminister.....	109
IV.	Die Sonderstellung der Professoren rechtswissenschaftlicher Fächer.....	113
V.	Die Rechtspersönlichkeit der Universitäten.....	115
VI.	Universitätsverwaltung und Gesetz; die Universitätssatzung als Regelungsfaktor.....	115
VII.	Faktische Grenzen der Universitätsorganisation.....	117
A.	Die für Universitäten besonders notwendige Normökonomie.....	118
B.	Die Eigentümlichkeit des Wissenschaftsbetriebes.....	118

Manfried Gantner

Anmerkungen zur Universitätsreform aus finanzwissenschaftlicher Sicht

I.	Einleitung.....	119
II.	Autonome Universitäten oder nachgeordnete Dienststellen?.....	121
A.	Dezentrale oder zentrale Wahrnehmung von Staatsaufgaben - ein Kriterienkatalog.....	122
B.	Fallstudie „Utopie“ (einer weitestgehenden universitären Autonomie).....	123
C.	Fallstudie „Gängige Praxis“.....	125
D.	Zwischenergebnis: Auswirkungen der universitären Rahmenbedingungen für Autonomie und Haushaltsrecht.....	129
III.	Anmerkungen zur Haushaltsführung, zu den Arbeitsberichten und den Leistungsbegutachtungen im Zusammenhang mit dem Entwurf „UOG 1993“.....	131
A.	Zum Budgetverfahren (§ 14 Abs 1-8 Entwurf „UOG 1993“).....	131
B.	Zu Entwicklungsplanungen (§ 14 Abs 9 Entwurf „UOG 1993“).....	132
C.	Zweckbindungen (§ 14 Abs 10 Entwurf „UOG 1993“).....	132

D.	Zu Arbeitsberichten und Evaluierungen (§ 15 Entwurf „UOG 1993“)	132
IV.	Alternativen zur Forderung eines eigenen Haushaltsrechts für Universitäten	133
A.	Ein Vorschlag wider den „Zeitgeist“	133
B.	Erhöhung der mittelfristigen Gebarungsflexibilität und Kompetenzvereinignngen	134
V.	Zusammenfassung	136
Anhang		137